

Editorial

Autor(en): **Nicodet, Marc**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Cadastre : Fachzeitschrift für das schweizerische Katasterwesen**

Band (Jahr): - **(2017)**

Heft 25

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser,

Seit einiger Zeit zeigen sich in diversen Regionen Europas – Katalonien, Lombardei, Venetien, Schottland, um nur jene mit der grössten Medienpräsenz zu nennen – Unabhängigkeitsgelüste und Versuche, sich vom Zentralstaat zu emanzipieren.

Auch in der Schweiz wird unser Grundprinzip – unser berühmter Föderalismus – immer wieder analysiert und hinterfragt. Ende Oktober fand in Montreux die 5. Nationale Föderalismuskonferenz mit über vierhundert Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Bildung und Wirtschaft statt. Beleuchtet wurde die zentrale Fragestellung «Wird die Schweiz in 50 Jahren immer noch föderalistisch sein?». Die Konferenzteilnehmenden befassten sich zwei Tage lang mit historischen Wendepunkten und aktuellen Bewegungen, welche die Entwicklung des Föderalismus beeinflussen, diskutierten über die Zukunft des historischen Dreistufenmodells, über den Einfluss der globalen Herausforderungen auf die föderalistischen Strukturen sowie über die Bedeutung des Föderalismus für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Sie kamen schliesslich zu folgendem Ergebnis, das als «Erklärung von Montreux» festgehalten wurde: «Der Föderalismus: die Stärke der Schweiz».

Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden betonte die äusserst positiven Aspekte des Föderalismus. Von den vielen Aussagen politischer Vertreter sind vor allem zwei besonders erwähnenswert. Für Ehren-gast Stéphane Dion, derzeitiger Botschafter von Kanada (eines der grössten föderalistischen Länder der Welt) in Berlin und Sondergesandter für die Europäische Union, ist der Föderalismus «ein zutiefst humanes System, das es ermöglicht, gemeinsames Handeln und unterschiedlichste Erfahrungen miteinander zu verbinden»; und Bundesrätin Simonetta Sommaruga betonte, dass es ohne Debatte keinen Föderalismus geben kann.

Während zweier Tage wurde also dem Föderalismus «der Puls gefühlt» – und es zeigte sich, dass er quicklebendig ist. Aber auch, dass er sich weiterentwickeln, anpassen und sich ständig hinterfragen muss, um dem Zahn der Zeit, internationalem Druck und globalen Herausforderungen standzuhalten.

Doch was hat das mit unserer Tätigkeit zu tun? Nun, das schweizerische Katasterwesen illustriert die föderalistische Struktur auf perfekte Weise. Doch obwohl wir seit über 100 Jahren so funktionieren, müssen auch wir unsere Handlungsweise im institutionellen Rahmen überdenken, damit wir uns besser an die gesellschaftliche Entwicklung anpassen und darauf reagieren können.

Die Funktionsweise der beiden Verbundaufgaben zwischen Kantonen und Bund – die amtliche Vermessung und der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen – wird im jüngsten Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung nicht in Frage gestellt. Dieser, als Antwort auf die Motion «Aufgabentrennung zwi-

schen Bund und Kantonen», ist derzeit in Vernehmlassung bei den Kantonen. Trotzdem muss unser Führungssystem uns zum Beispiel ermöglichen, noch reaktionsfähiger zu werden. Wir müssen schneller auf die Marktbedürfnisse reagieren können, als wir es heute tun. Und, in Übereinstimmung mit der Aussage des kanadischen Botschafters: Wir sollten die zahlreichen Erfahrungen aus den Kantonen und die vielfältigen Kompetenzen, die in engem Kontakt zum Markt entwickelt wurden, besser nutzen.

Die globalen Phänomene, die derzeit unsere Gesellschaft und Weltwirtschaft durchschütteln, wie die digitale Revolution, der durch GAFA (Akronym der Webgiganten Google, Apple, Facebook und Amazon) verkörperte Übertritt ins digitale Zeitalter, die Uberisierung, die Entstehung von Big Data, die Neugestaltung vieler Prozesse durch die Blockchain-Technologie oder auch die Implementierung von BIM (Building Information Modelling), treffen auch uns mit voller Wucht; wir müssen angemessene Antworten darauf finden. Entsprechende Denkansätze werden übrigens auch vom Think Tank «Dimension Cadastre» in seiner jüngsten Publikation «Die vorgezeichneten Wege der Digitalisierung» dargelegt. Die Publikation ist diesem «cadastre» beigelegt.

Keiner der jetzigen Partner im schweizerischen Katasterwesen kann sich den anstehenden Aufgaben allein stellen. Genau deshalb ergeben die Aussagen von Bundesrätin Sommaruga vollkommen Sinn: Gespräche und verstärkte Zusammenarbeit sind unabdingbar, um all diese Herausforderungen zu bewältigen. Gerade um den Dialog mit den Kantonen aufzunehmen, wurden diese vom Bundesamt für Landestopografie swisstopo Ende September zu einem «Geoinformationstag» eingeladen. Dabei wurde die Notwendigkeit, die amtliche Vermessung durch verbesserte Zusammenarbeit und Vermeidung von Doppelspurigkeiten zu stärken, weitgehend anerkannt. All dies muss Teil einer gross angelegten, strategischen Vision werden, die auf dem Service public-Gedanken basiert. Denn bestimmte Geodaten sind tatsächlich von übergeordnetem öffentlichen Interesse und müssen weiterhin in der Verantwortung des Staates bleiben. Ausserdem sollten die Behörden auf allen Ebenen (Bund, Kantone, Städte und Gemeinden) zusammen mit Fachleuten an dieser Entwicklung beteiligt sein, um in den Augen von Politik und Öffentlichkeit an Legitimität zu gewinnen.

Die ersten Diskussionsgrundlagen für eine Umsetzung einer neuen Form der Zusammenarbeit sind nun gelegt, dieses Thema wird im nächsten Jahr prioritär angegangen. Es ist eine spannende Herausforderung; ich bin überzeugt, dass es uns gemeinsam durch einen konstruktiven und intensiven Dialog gelingen wird, ein optimales Führungssystem zu finden.

Nun wünsche ich Ihnen allen und Ihren Familien und Angehörigen frohe Weihnachten und ein gutes und glückliches Neues Jahr!

Marc Nicodet, pat. Ing.-Geom.

Leiter Bereich «Geodäsie und Eidgenössische Vermessungsdirektion»